

BR/GT I/60 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

[illegible]

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 17. September 1970
BR/GT I/60/70

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"
der Arbeitsgruppe I

ARBEITSUNTERLAGE

Artikel 62 Nr. 2 und Nr. 3, Artikel 63 Nr. 1,

Artikel 64 Nr. 1 und Nr. 2

Artikel 66 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3

(vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/60 d/70

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 2

Akteneinsicht durch Gerichte und Staatsanwaltschaften der Ver-
tragsstaaten

(1) Die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten können in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, Dritten Einsicht in die vom Europäischen Patentamt übermittelten Akten europäischer Patentanmeldungen oder europäischer Patente gewähren. Die Akteneinsicht wird nach Massgabe der Vorschriften des Artikels 162 des Uebereinkommens gewährt; die in Artikel 162 Absatz 3 vorgesehene Gebühr wird jedoch nicht erhoben.

(2) Das Europäische Patentamt weist die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten bei der Uebermittlung der Akten auf die Beschränkungen hin, denen die Gewährung der Einsicht in die Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents an Dritte in Anwendung des Artikels 162 Absätze 1 und 2 des Uebereinkommens unterworfen ist.

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 3

Kosten im Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den
Behörden der Vertragsstaaten

Die Kosten, die durch Mitteilungen in Anwendung des Artikels 62 des Uebereinkommens entstehen, sind von der Behörde zu tragen, die die Mitteilung gemacht hat.

Bemerkung:

Dieser Artikel enthält keine Abweichung von den Bestimmungen des Artikels 180 des Uebereinkommens, die auf die Erstattung technischer Gutachten anzuwenden sind.

Zu Artikel 63
(früher Artikel 65)

Nummer 1

Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt die nationale Behörde, der das Europäische Patentamt das Ersuchen um Rechtshilfe zu übermitteln hat, und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 das weitere Verfahren, das bei der Durchführung des Ersuchens um Rechtshilfe anzuwenden ist.

(2) Das Europäische Patentamt fasst Rechtshilfeersuchen in der Sprache des ersuchten Gerichts ab oder fügt den Rechtshilfeersuchen eine Uebersetzung in diese Sprache bei.

[(3) Artikel 11 bis 14 und 16 des Haager Uebereinkommens über den Zivilprozess vom 1. März 1954 sind entsprechend anzuwenden.]

Bemerkungen:

1. Es sollte geprüft werden, ob das in Absatz 3 genannte Haager Uebereinkommen für alle Staaten der Regierungskonferenz in Kraft getreten ist.
2. Die Vertreter der Justizministerien sollten auf diese Vorschrift besonders hingewiesen werden.

Zu Artikel 64
(früher Artikel 66)

Nummer 1

Einreichung europäischer Patentanmeldungen

Europäische Patentanmeldungen können unmittelbar oder durch die Post eingereicht werden.

Zu Artikel 64
(früher Artikel 66)
Nummer 2

Tag des Eingangs der Unterlagen der europäischen Patentanmeldungen

(1) Die in Artikel 64 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten Behörden vermerken auf den bei ihnen eingereichten, in Artikel 66 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten Unterlagen den Tag des Eingangs dieser Unterlagen.

(2) Die in Artikel 64 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten Behörden erteilen dem Anmelder unverzüglich eine Empfangsbescheinigung, die zumindest die Nummer der Anmeldung und den Tag enthält, der gemäss Absatz 1 vermerkt worden ist.

(3) Die in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Uebereinkommens genannten Behörden übersenden dem Europäischen Patentamt unverzüglich ein Doppel der in Absatz 2 vorgesehenen Empfangsbescheinigung oder einen Auszug aus dieser Bescheinigung, der zumindest die in Absatz 2 vorgesehenen Angaben enthält.

Zu Artikel 66
(früher Artikel 68)

Nummer 1

Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung

(1) Der Antrag auf Erteilung des europäischen Patents ist schriftlich auf einem vom Europäischen Patentamt vorgeschriebenen Formblatt einzureichen. Vorgedruckte Formblätter werden von den in Artikel 64 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten Behörden gebührenfrei zur Verfügung gestellt.

(2) Der Antrag muss enthalten:

- a) ein Ersuchen auf Erteilung eines europäischen Patents;
- b) die Bezeichnung der Erfindung, die kurz und genau ist und keine Phantasiebezeichnung enthält;
- c) den Namen, die Anschrift, die Staatsangehörigkeit und den Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Anmelders.

Bei natürlichen Personen sind Familienname und Vornamen anzugeben, wobei der Familienname vor den Vornamen zu stehen hat.

Bei juristischen Personen und juristischen Personen gemäss dem für die massgebenden Recht gleichgestellten Gesellschaften ist die amtliche Bezeichnung anzugeben.

Anschriften sind in der Weise anzugeben, dass die üblichen Anforderungen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift erfüllt sind. Sie müssen in jedem Fall alle massgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls bis zur Hausnummer einschliesslich, enthalten. Gegebenenfalls sollen Telegramm- und Telexanschriften und Telefonnummern angegeben werden;

- d) falls ein Vertreter bestellt ist, seinen Namen und seine Geschäftsanschrift nach Massgabe von Buchstabe c;
- e) gegebenenfalls eine Erklärung, dass mit der Anmeldung die Erteilung eines Zusatzpatents begehrt wird oder dass es sich um eine Teilanmeldung handelt. In diesem Fall sind in Antrag die Nummer der Patentanmeldung [oder des Patents] anzugeben, auf welche sich die Patentanmeldung bezieht;

Bemerkung:

Die Aufrechterhaltung der Worte in eckigen Klammern wäre nur dann gerechtfertigt, wenn das Uebereinkommen die Teilung des Patents während des Einspruchsverfahrens zulässt.

- f) im Falle des Artikels 16 des Uebereinkommens die Nummer der früheren Patentanmeldung;
- g) falls die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch genommen wird, eine entsprechende Erklärung, in der der Tag und der Staat der ersten Anmeldung angegeben sind;
- h) die Benennung des Vertragsstaats oder der Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird;

Bemerkung zu h:

Siehe Artikel 67 Absatz 1 des Ersten Vorentwurfs.

- /i) sind mehrere Anmelder vorhanden, so ist im Antrag ein Anmelder oder ein Vertreter als gemeinsamer Vertreter zu bezeichnen;7

Bemerkungen zu i:

1. Diese Bestimmung sollte nach Prüfung des Artikels 173 des Übereinkommens durch die Vertreter der Justizministerien erneut geprüft werden.
2. Regel 4.8 (b) PCT, derzufolge der Anmelder, der in dem Antrag als erster genannt ist, als gemeinsamer Vertreter gilt, wenn der Antrag nicht die Voraussetzungen der Regel 4.8 (a) PCT erfüllt, ist an dieser Stelle nicht aufgenommen worden. Eine entsprechende Vorschrift kann zu dem Artikel vorgeschlagen werden, der Artikel 161 des Abkommensvorentwurfs von 1965 (Zustellung) entspricht.

- j) die Unterschrift des Anmelders oder Vertreters;
- k) eine Liste über die dem Antrag beigelegten Anlagen; in dieser Liste ist die Blattzahl der Beschreibung, Patentansprüche, Zeichnungen und Zusammenfassung anzugeben, die mit dem Antrag eingereicht werden.

Zu Artikel 66
(früher Artikel 68)

Nummer 2

Inhalt der Beschreibung

(1) In der Beschreibung ist am Anfang die im Antrag genannte Bezeichnung der Erfindung zu erwähnen und

- a) ist das technische Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht, anzugeben;
- b) ist der bisherige Stand der Technik anzugeben, soweit er nach der Kenntnis des Anmelders für das Verständnis der Erfindung, die Erstellung des Berichts über den Stand der Technik und die Prüfung als nützlich angesehen werden kann; vorzugsweise sind auch die Fundstellen anzugeben, aus denen sich dieser Stand der Technik ergibt;
- c) ist die Erfindung, wie sie in den Ansprüchen gekennzeichnet ist, so darzustellen, dass danach die technische Aufgabe, auch wenn sie nicht ausdrücklich als solche genannt ist, und deren Lösung verstanden werden können; ausserdem sind gegebenenfalls die vorteilhaften Wirkungen der Erfindung unter Bezugnahme auf den bisherigen Stand der Technik anzugeben;
- d) sind die Abbildungen der Zeichnungen, falls solche vorhanden sind, kurz zu beschreiben;
- e) ist wenigstens ein Weg zur Ausführung der beanspruchten Erfindung im einzelnen darzulegen; dies soll, wo es angebracht ist, durch Beispiele und gegebenenfalls unter Bezugnahme auf Zeichnungen geschehen.

f) ist, wenn es sich aus der Beschreibung oder der Art der Erfindung nicht offensichtlich ergibt, ausdrücklich anzugeben, in welcher Weise der Gegenstand der Erfindung gewerblich anwendbar ist.

(2) Die Beschreibung ist in der in Absatz 1 angegebenen Art und Weise sowie Reihenfolge einzureichen, sofern nicht wegen der Art der Erfindung eine abweichende Form oder Reihenfolge zu einem besseren Verständnis oder zu einer knapperen Darstellung führen würde.

Zu Artikel 66
(früher Artikel 68)

Nummer 3

Form und Inhalt der Patentansprüche

(1) Die Patentansprüche müssen deutlich und knapp gefasst sein.

Bemerkung:

Es sollte geprüft werden, ob Absatz 1 in das Uebereinkommen zu übernehmen ist.

(2) Der Gegenstand des Schutzbegehrens ist durch Angabe der technischen Merkmale der Erfindung festzulegen. Wo es zweckdienlich ist, haben die Patentansprüche zu enthalten:

- a) die Bezeichnung der Erfindung und die technischen Merkmale, die für die Festlegung des beanspruchten Gegenstands der Erfindung notwendig sind, jedoch in Verbindung miteinander zum Stand der Technik gehören;
- b) einen kennzeichnenden Teil, der durch die Worte "dadurch gekennzeichnet" oder "gekennzeichnet durch" eingeleitet wird und die technischen Merkmale bezeichnet, für die in Verbindung mit den unter Buchstabe a angegebenen Merkmalen Schutz begehrt wird.

(3) Zu jedem Patentanspruch, der die wesentlichen Merkmale der Erfindung wiedergibt, können ein oder mehrere Patentansprüche aufgestellt werden, die sich auf besondere Ausführungsarten dieser Erfindung beziehen.

(4)

√a) Jeder Patentanspruch, der alle Merkmale eines anderen oder mehrerer anderer Patentansprüche enthält (abhängiger Patentanspruch), soll in der Einleitung eine Bezugnahme auf den anderen Patentanspruch oder die anderen Patentansprüche enthalten und nachstehend die zusätzlichen Merkmale angeben, die beansprucht werden. Jeder abhängige Patentanspruch, der sich auf mehr als einen anderen Patentanspruch bezieht (mehrfach abhängiger Patentanspruch), darf sich auf diese Patentansprüche nur alternativ beziehen. Mehrfach abhängige Patentansprüche können nicht Grundlage für andere mehrfach abhängige Patentansprüche sein.7

Bemerkung:

Die Untergruppe hat beschlossen, die Prüfung des Buchstaben a zurückzustellen.
